

Höner-Mark-Schule: SPD fordert Nutzungskonzept

Abriss des vierten Traktes und Neubau an anderer Stelle wären günstiger als Sanierung / Schulden abbauen



Abriss für SPD kein Tabu-Thema: Der vierte Abschnitt der Höner-Mark-Schule soll auf den Prüfstand. Foto: Niehues

Dinklage (nie) -

„Grundsätzlich dürfen wir langfristig nicht mehr Geld ausgeben, als wir zur Verfügung haben. Unser Ziel ist es, die Schulden in Höhe von zehn Millionen Euro in den nächsten Jahren vollständig abzubauen“, fordern die SPD-Politiker Matthias Windhaus und Andrej Stölting in einer Presseerklärung der SPD-Fraktion.

Bei Verdopplung der Tilgungsleistungen auf 500 000 Euro jährlich benötige die Stadt Dinklage dafür 30 Jahre. Dafür bedürfe es neuer Einnahmequellen wie zum Beispiel durch die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe. „Als erster ganz simpler Schritt eines Ansiedlungskonzeptes sollten an der Umgehungsstraße Schilder aufgestellt werden, welche potentielle Investoren auf die Existenz von Gewerbeflächen hinweisen“, heißt es in der Erklärung. Vorausschauend sollte auch gemeinsam die bestehende Verteilung freiwilliger Leistungen kritisch überprüft und gegebenenfalls neu verhandelt werden. Gelder, die gewährt werden, müssten durch konkrete Verwendungsnachweise belegt werden. Auch müsse man über zeitliche Begrenzungen nachdenken. „Hierzu soll ein Gremium aus Rat und Verwaltung gebildet werden. Wir wollen hier tätig werden und selber gestalten, bevor uns die Kommunalaufsicht etwas vorschreibt“, heißt es weiter. Für den vierten Trakt der Höner-Mark-Schule solle ein Nutzungs- und Bedarfskonzept sowie ein Kostenrahmen für eine eventuelle Sanierung erarbeitet werden. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass ein Abriss und die Schaffung neuer Räume an anderer Stelle, wenn notwendig, günstiger seien als die Sanierung des vierten Traktes, sagt Matthias Windhaus.

„Der Bau der Umgehungsstraße und die Ausweisung von Gewerbegebieten sind Investitionen in die Zukunft der Stadt Dinklage und trotz der angespannten finanziellen Lage notwendig“, so Windhaus und Stölting. „Der Grunderwerb für den zweiten Bauabschnitt sollte durch notarielle Vorverträge abgesichert werden und nicht durch frühzeitigen Ankauf, um hohe Vorfinanzierungskosten zu vermeiden“, stellt Wessel Märlein von der SPD-Fraktion fest. Dieser Fehler sei in der Vergangenheit gemacht worden. Nach SPD-Plänen würden dann im Bereich Umgehungsstraße/Gewerbegebiete rund 1,43 Millionen Einnahmen durch Fördermittel rund 1,63 Millionen Euro Ausgaben gegenüber stehen.

Während der von der CDU auf den Weg gebrachte Haushaltsentwurf eine Neuverschuldung von insgesamt 850 000 Euro aufweise, wolle die SPD-Fraktion die neben Umgehungsstraße und Gewerbegebiet anstehenden anderen Ausgaben im Vermögenshaushalt so begrenzen, dass diese nach Abzug der Einnahmen keine Neuverschuldung verursachen. „Wir müssen ein deutliches Signal setzen, dass die seit Jahren praktizierte Neuverschuldung in Höhe von durchschnittlich einer Million Euro pro Jahr gestoppt wird“, betont zu diesem Punkt Matthias Windhaus.